
13222/J XXVII. GP

Eingelangt am 09.12.2022

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

**der Abgeordneten Dr. Nikolaus Scherak, MA, Kolleginnen und Kollegen
an den Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft
betreffend Datenschutz und DSIRF**

Am 8. November 2022 wurde vom Untersuchungsausschuss des Europäischen Parlaments zum Einsatz der umstrittenen Spionagesoftware Pegasus in der Europäischen Union ein Berichtsentwurf vorgestellt^[1]. Aus diesem geht nicht nur hervor, dass die Software in Ländern wie Polen, Ungarn, Griechenland, Zypern und Spanien „gegen ihre Bürger zu politischen Zwecken eingesetzt“ wurde^[2]. Es gibt wohl auch Verbindungen zu Österreich. In Zusammenhang damit wurde in Medien berichtet, dass der große Spyware-Provider DSIRF (Decision Supporting Information Research and Forensic) in Österreich ansässig ist. Laut der Anfragebeantwortung 7418/AB des Innenministeriums vom 23.09.2021 war Österreich zum damaligen Zeitpunkt kein Kunde der israelischen Technologieunternehmensgruppe NSO, zu der DSIRF gehört^[3].

Im PEGA-Bericht des Europaparlaments wird betont, dass es in Österreich keine Rechtsgrundlage für einen nicht-autorisierten Einsatz von Überwachungssoftware von öffentlichen Institutionen gibt. Es wäre auch rechtswidrig wenn ein Privatunternehmen die Software gegen ein anderen Privatunternehmen einsetzen würde.^[4]

Im Juli 2022 hat Epicenter.works eine Strafanzeige gegen die DSIRF GmbH bei der Wiener Staatsanwaltschaft eingebracht. In dieser wird dem Spyware-Provider „Widerrechtliche(r) Zugriff auf und Störung der Funktionsfähigkeit von Computersystemen, Missbrauch von Computerprogrammen und betrügerischem Datenverarbeitungsmissbrauch durch Herstellung von Angriffssoftware“ vorgeworfen^[5]. Die Strafanzeige wurde außerdem gegen Unbekannt in Bezug auf die Abnehmer der Überwachungssoftware von DSIRF eingebracht.

In der Anfragebeantwortung 11698/AB teilt das Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft im Oktober 2022 mit, dass es bisher keine Ausfuhrlizenz für DSIRF erlassen hat^[6]. Parallel dazu teilt das Justizministerium in der Anfragebeantwortung 11700/AB mit, dass die Wiener Staatsanwaltschaft eine strafrechtliche Ermittlung gegen DSIRF eingeleitet hat^[7].

Da sich in Zusammenhang mit der NSO-Group und DSIRF immer wieder neue Entwicklungen ergeben,

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

[1] Draft Report (08.11.2022): Committee of Inquiry to investigate the use of Pegasus and equivalent surveillance spyware Rapporteur: Sophie in 't Veld, Findings Sophie in h Veld.pdf (europa.eu)

[2] Die Presse, APA (08.11.2022): EU-Parlament sieht Verbindungen zu Spyware nach Österreich | DiePresse.com

[3] 7418/AB (XXVII. GP) - Überwachung von Österreicher innen durch Spionageprogramme wie Pegasus | Parlament Österreich

[4] S.109 Draft Report (08.11.2022): Committee of Inquiry to investigate the use of Pegasus and equivalent surveillance spyware Rapporteur: Sophie in 't Veld, Findings Sophie in h Veld.pdf (europa.eu)

[5] Strafanzeige Epicenter.works for digital rights (28.07.2022): epicenter.works Brief

[6] 11698/AB (XXVII. GP) - Gab es eine Ausfuhrgenehmigung der Spionagesoftware der österreichischen Firma DSIRF? | Parlament Österreich

[7] 11700/AB (XXVII. GP) - Wurde die Spionagesoftware Subzero der österreichischen Firma DSIRF illegal eingesetzt? | Parlament Österreich

stellen die unterfertigten Abgeordneten daher folgende

Anfrage:

1. Haben Sie seit der Anfrage (12020/J) eine Ausfuhrlizenz für DSIRF erlassen?
 - a. Wenn ja, wann?
 - b. Wenn nein, haben Sie vor eine zu erlassen?